

### 3. Ökonomische Krise

Lydia Krüger

#### 3.1 Theorie, Indikatoren, Datenkritik

Das Denken über Wirtschaftskrisen hat sich – wie die Krisen selbst – immer wieder verändert. In der klassischen Wirtschaftstheorie ebenso wie im neoklassisch geprägten System der Wirtschaftswissenschaften kommen Krisen nicht oder nur am Rande vor und es gibt keine spezifischen Methoden, sie zu analysieren. So geht beispielsweise die neoklassische Theorie davon aus, dass die verschiedenen Märkte von sich aus einem *Gleichgewicht* zustreben, in dem sich Angebot und Nachfrage auf den jeweiligen Märkten über die Preise einander anpassen. Ein derartig konzipiertes Modell der Volkswirtschaft ist per Definition krisenfrei. Treten über einen längeren Zeitraum dennoch Marktungleichgewichte auf, so wird dies auf *externe* Schocks bzw. „außerökonomische“ Eingriffe zurückgeführt, die den Preisanpassungsmechanismus behindern oder verfälschen. Aus einer solchen Perspektive ist etwa Arbeitslosigkeit das Resultat mangelnder Anpassungsprozesse auf dem Arbeitsmarkt selbst, die durch äußere Eingriffe in das freie Spiel der Kräfte hervorgerufen werden. Nach dieser Theorie verhindern staatliche Eingriffe in Form von Unterstützungszahlungen für Arbeitslose, dass der Arbeitslohn auf ein Niveau sinkt, welches Neueinstellungen hervorrufen würde.

Unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise von 1929 hat John Maynard Keynes dieses Grundmodell einer prinzipiell krisenfreien Marktwirtschaft in einem zentralen Punkt modifiziert: Im Gegensatz zu den *angebotsorientierten* Wirtschaftstheorien, deren Wirtschaftspolitik darauf abzielt, die Bedingungen für Investoren und Kapitalbesitzer durch niedrige Steuern, niedrige Löhne usw. zu verbessern, lenkte Keynes den Blick auf die gesamtwirtschaftliche *Nachfrage*. Da Unternehmen nur produzieren, wenn sie ihre Waren auf den Märkten auch absetzen können, kann es Keynes zufolge zu Krisen kommen, wenn pessimistische Zukunftserwartungen vorherrschen, die eine reibungslose Transformation von Ersparnissen in Investitionen blockieren. Im Gegensatz zur klassischen Theorie, die davon ausging, dass Güter- und Kapitalmärkte über den Zinssatz automatisch in Übereinstimmung gebracht werden, ging Keynes davon aus, dass die Sparneigung der Bevölkerung nicht nur vom Zinssatz, sondern auch von *Zukunftserwartungen* abhängig ist. Beispielsweise werden Unternehmer bei fallenden Aktienkursen abwarten, wie sich die Dinge entwickeln, statt ihr Kapital sofort zu (re)investieren – eine Situation, die in eine „Liquiditätsfalle“ führen kann, so dass Zinssenkungen wirkungslos verpuffen (d.h. Unternehmen selbst dann nicht investieren, wenn der Zinssatz auf Null gesunken ist). Auf diese Weise können Geld- und Kapitalmarkt sowie Gütermärkte und der Arbeits-

markt nicht mehr in einem einzigen vollständigen Gleichgewicht beschrieben werden. Um im Beispiel zu bleiben: Arbeitslosigkeit entsteht bei Keynes also nicht (nur) auf dem Arbeitsmarkt, sondern ebenso auf dem Güter- bzw. über die Investitionskalküle der Unternehmen auf dem Kapitalmarkt. Folge ist, dass eine kurzfristige Senkung der Löhne die Investitionen der Unternehmen noch verschlechtert, da sie von geringeren Absatzerwartungen ausgehen müssen. Die Preise von Vermögenswerten verfallen, eine allgemeine Deflation, in der die Löhne und Güterpreise fallen, ist die Folge. Auf diese Weise verfestigt sich das wirtschaftliche Ungleichgewicht, die neoklassischen Preisanpassungen versagen, es kommt zu massiven Krisenerscheinungen.

Keynes behauptete nun, dass derartige Krisen durch eine antizyklische Konjunkturpolitik des Staates überwunden werden können: Demnach muss der Staat in einer krisenhaften Situation zusätzliche Nachfrage erzeugen bzw. zusätzliche Investitionen tätigen, um die Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen – statt durch Sparprogramme zur Verschärfung der Probleme beizutragen. Somit geht die keynesianisch geprägte Wirtschaftswissenschaft ebenfalls davon aus, dass eine krisenfreie wirtschaftliche Entwicklung möglich ist – allerdings nur, wenn der Staat korrigierend in den Wirtschaftsverlauf eingreift. Um zusätzliche Nachfrage durch die Fiskalpolitik zu erzeugen, muss die öffentliche Hand jedoch Kredite aufnehmen oder die Geldpolitik muss geringere Refinanzierungssätze verlangen, um die Kreditvergabe anzukurbeln bzw. die Geldhaltung relativ zu verteuern. Das ist solange unproblematisch, als damit Beschäftigung entsteht und mit ihr weitere Konsumausgaben und Steuern und soweit damit Investitionen finanziert werden, also Werte, die auch künftigen Generationen zur Verfügung stehen. Allerdings droht bei übermäßiger Kreditaufnahme eine *Inflation*, in der der Wert des Geldes sinkt – was für die Ökonomie gravierende Folgen haben kann. Noch weitaus schlimmere Folgen hat jedoch eine Wirtschaftspolitik, die ökonomische Krisen durch *vermehrte staatliche Nachfrage nach Rüstungsgütern bzw. vermehrte Rüstungsproduktion* zu überwinden versucht. Denn diese Politik des militärischen Keynesianismus oder Rüstungskyonesianismus geht in aller Regel mit Kriegen einher.

Marx führt ökonomische Krisen auf die *kapitalistischen Produktions- und Eigentumsverhältnisse* bzw. auf den Prozess der Kapitalverwertung selbst zurück. Demnach zeichnet sich die kapitalistische Produktionsweise dadurch aus, dass sie nicht an der Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse (Gebrauchswert) ausgerichtet ist, sondern einzig dazu dient, Profit zu produzieren (Tauschwert) (→ Kap. 7.1). Kapital muss nach dem Durchgang durch Produktion und Handel zu mehr Kapital werden, sonst unterbleibt das Geschäft bzw. die Investition. Da einzig aus der „Ware Arbeitskraft“ mehr herauszuholen ist, als sie kostet, diese Arbeitskraft durch Rationalisierungs- und Konzentrationsprozesse jedoch in immer größerem Umfang durch Maschinen ersetzt wird, kommt es zu tendenziell sinkenden Profitraten und zu periodischen Krisen. Laut Marx entsprechen die *Preise der Güter* nämlich letzten Endes dem Wert der *durchschnittlich notwendigen gesellschaftlichen Arbeitszeit*, der zu ihrer Herstellung erforderlich ist. Daher geht die dem Kapitalismus eigene Entwicklung der Produktivkräfte (bzw. Erhöhung der Arbeitsproduktivität) notwendigerweise mit einer sukzessiven

Entwertung des eingesetzten konstanten Kapitals einher: Es kommt zu *Überproduktionskrisen*:

„In den Krisen bricht eine gesellschaftliche Epidemie aus, welche allen früheren Epochen als ein Widersinn erschienen wäre – die Epidemie der Überproduktion. Die Gesellschaft findet sich plötzlich in einen Zustand momentaner Barbarei zurückversetzt; eine Hungersnot, ein allgemeiner Vernichtungskrieg scheinen ihr alle Lebensmittel abgeschnitten zu haben; die Industrie, der Handel scheinen vernichtet, und warum? Weil sie zuviel Zivilisation, zuviel Lebensmittel, zuviel Industrie, zuviel Handel besitzt. ... Die bürgerlichen Verhältnisse sind zu eng geworden, um den von ihnen erzeugten Reichtum zu fassen. – Wodurch überwindet die Bourgeoisie die Krisen? Einerseits durch die erzwungene Vernichtung einer Masse von Produktivkräften; andererseits durch die Eroberung neuer Märkte und die gründlichere Ausbeutung alter Märkte. Wodurch also? Dadurch, dass sie allseitigere und gewaltigere Krisen vorbereitet und die Mittel, den Krisen vorzubeugen, vermindert.“<sup>1</sup>

In der *Neoklassik* werden ökonomische Krisen entweder systematisch ausgeblendet oder zur kurzfristig notwendigen Bereinigung des Marktes im Sinne langfristigen Aufschwungs glorifiziert, im *Keynesianismus* werden Krisen zwar thematisiert und ihre kurzfristigen Auswüchse auch ernst genommen, im Grunde aber zu Konjunkturabschwüngen klein geredet, die man durch staatliche Eingriffe überwinden kann. Dagegen geht die *marxistische politische Ökonomie* davon aus, dass die kapitalistische Entwicklung notwendigerweise krisenhaft ist, wobei hier zwischen periodischen Krisen einerseits und einer alle Bereiche der Gesellschaft erfassenden Krise des gesamten kapitalistischen Systems unterschieden wird.

Nach einem Wörterbuch der Volkswirtschaft aus dem Jahr 1898 können Krisen im weiteren Sinne als „Störungen des Wirtschaftslebens“ begriffen werden, „durch die ein größerer Kreis von Personen erhebliche Nachteile erleidet.“ Zwar ist diese Definition ungenau und wirft weitere Fragen auf – es ist aber ohnehin nicht möglich, diese Ungenauigkeiten auszuräumen, da die Deutung einer Entwicklung als „krisenhaft“ immer politisch und wissenschaftlich umkämpft sein wird<sup>2</sup>. Dies gilt auch für die folgende Definition, die weniger auf die Analyse von kurzfristigen Entwicklungen als auf die Beurteilung eines Systemzustands abzielt und dabei versucht, die „erheblichen Nachteile“ etwas genauer zu fassen: *Demnach befindet sich ein ökonomisches System in einer Krise, wenn es nicht mehr in der Lage ist, allen Menschen das sozio-kulturelle Existenzminimum zu garantieren und/oder wenn es die natürlichen Überlebensgrundlagen zerstört.*

Wie beide Definitionen verdeutlichen, reichen ökonomische Indikatoren (also Daten zu Investitionen, Inflation, Verschuldung u. ä.) alleine keineswegs aus, um das Ausmaß und die Intensität von ökonomischen Krisen zu bestimmen. Dies zeigt auch die Erfahrung mit der Weltwirtschaftskrise von 1929, die

---

1 – Marx, Karl; Engels, Friedrich (1848): Manifest der kommunistischen Partei, in: MEW Bd. 4, S. 467 f.

2 – Borchart 1994

sich ja nicht nur in einem Verfall der Aktienkurse, schweren Bankenkrisen und dem Zusammenbruch internationaler Finanz- und Handelsbeziehungen ausdrückte, sondern in eine schwere *gesellschaftlichen Krise* mündete, die sich im starken Anstieg von Arbeitslosigkeit und Armut ebenso äußerte wie im Aufstieg faschistischer Bewegungen in verschiedenen Ländern. Ferner lässt sich auch die *ökologische Krise* auf die Funktionsweise eines Wirtschaftssystems zurückführen, das durch Konkurrenz und Anarchie geprägt ist, was zur rücksichtslosen Ausbeutung natürlicher Ressourcen zum Zweck der Profitmaximierung führt und internationale Initiativen zur Lösung globaler Probleme immer wieder scheitern lässt (→ Kap. 2.1). Den wohl schärfsten Ausdruck fanden (und finden) ökonomische Krisen schließlich in *Eroberungskriegen*, die zur massenhaften Vernichtung von Menschen, Häusern, Fabriken, Infrastruktur usw. führen. Dass zwischen Kriegen und ökonomischen Entwicklungen systematische Zusammenhänge bestehen, wird jedenfalls in der marxistischen Theorie betont: Demnach haben Kriege mit wirtschaftlicher Konkurrenz, mit ökonomischen Machtverschiebungen und Überproduktionskrisen zu tun, die immer wieder zur gewaltsamen Auseinandersetzung um die Neuaufteilung von Märkten und Rohstoffquellen führen.

Es ist nicht nur schwierig, Indikatoren zu bestimmen, die über das Ausmaß einer Krise Auskunft geben. Es kann auch schwierig sein, überhaupt an aussagekräftige Daten und Statistiken zu gelangen. Ein bekanntes Beispiel dafür liefert die Erfassung von *Reichtum und Vermögen* (→ Kap 5.2.3). Hier kann es sinnvoller sein, statt auf die Daten nationaler Statistikämter auf die Schätzungen von Privatbanken oder anderen Institutionen zurückzugreifen, die sich der Vermögensverwaltung widmen. Immerhin sind diese Institutionen an einer wirklichkeitsgetreuen Erfassung der so genannten „High Net Worth Individuals“ (=Personen mit einem geschätzten Geldvermögen von über einer Mio. US\$) interessiert. Noch problematischer sind internationale Statistiken z.B. zum *Kapitalverkehr*, die allenfalls als grobe Schätzungen dienen können. So sind die Daten der internationalen Finanz- und Wirtschaftsorganisationen nicht frei von *systematischen* Fehlern und Verzerrungen. Zwar verfügen Institutionen wie Weltbank und BIZ (Bank für internationalen Zahlungsausgleich) noch über relativ detaillierte Angaben zur *Kreditaufnahme* von Staaten und auch über Umfang und Richtung des Welthandels mit Gütern dürften sich einigermaßen verlässliche Aussagen machen lassen – wenn man vom Handel mit Waffen und Drogen einmal absieht. Doch schon bei den ausländischen Direktinvestitionen sowie den grenzüberschreitenden Käufen und Verkäufen von Wertpapieren (=Portfolioinvestitionen) ist die Datengrundlage eher dürftig.

Eine prinzipielle Schwierigkeit besteht in der korrekten Erfassung des *konzerninternen Transfers von Ressourcen* – schließlich sind ganze Heerscharen von Steuer- und Unternehmensberatern damit beschäftigt, Gewinne durch komplexe Transaktionen mit Unternehmenstöchtern im Ausland am Fiskus vorbei zu schleusen. Dies ist insofern problematisch, als konzerninterne Transfers für die Weltwirtschaft immer wichtiger werden. Die UNCTAD schätzt, dass die 61.000 transnationalen Unternehmen mit ihren 900.000 Tochtergesellschaften etwa ein Zehntel des weltweiten Sozialprodukts erwirtschaften und es sich bei

etwa einem Drittel aller Exporte um konzerninterne Austauschbeziehungen handelt – Tendenz steigend.<sup>3</sup>

## 3.2 Wirtschaftskrisen, Handelskonflikte, Schuldenkrisen

Es ist Mode geworden, Probleme wie wachsende Arbeitslosigkeit und Armut nicht mehr auf eine falsche Politik, sondern auf die „Globalisierung“ zurückzuführen. Politiker verschiedener Parteien vertreten die Ansicht, dass „wir“ viel zu lange über unsere Verhältnisse gelebt haben und uns nun zu „sozialen Grausamkeiten“ durchringen müssen, um in der Weltmarktkonkurrenz nicht völlig ins Hintertreffen zu geraten. Für diese Meinung lassen sich zahlreiche Argumente anführen: Denn warum sollen Unternehmen noch in Deutschland produzieren, wo doch die Arbeitskosten in Polen oder der Slowakei, in Brasilien oder China so viel niedriger sind? Ist es nicht logisch, dass Werke in Deutschland geschlossen und Arbeitsplätze abgebaut werden müssen, wenn die Arbeitnehmer nicht bereit sind, auf Lohn zu verzichten bzw. länger zu arbeiten? Und muss man nicht die Steuern senken und spezielle Vergünstigungen einführen, damit reiche Vermögensbesitzer ihr Geld nicht in Steuerparadiesen im Ausland anlegen?

„Anleger müssen sich nicht mehr nach den Anlagemöglichkeiten richten, die ihnen ihre Regierung einräumt, vielmehr müssen sich die Regierungen nach den Wünschen der Anleger richten“, so die Meinung des ehemaligen Vorstands- und heute Aufsichtsratsvorsitzenden der Deutschen Bank, Rolf E. Breuer. Der Chefökonom der gleichen Bank pflichtet ihm bei: „Die Finanzmärkte sind hinsichtlich der Beurteilung der Qualität der Wirtschaftspolitiken, die ihren Niederschlag in den Zinsen, im Wechselkurs, in den Aktienkursen usw. findet, im Zuge der Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte mehr und mehr in die Rolle eines ‚Weltpolizisten‘ geschlüpft.“<sup>4</sup> Die Politiker scheinen ihnen Recht zu geben. „Wir können nicht Politik gegen die Finanzmärkte machen“, sagte beispielsweise Außenminister Fischer in einem Interview mit der Frankfurter Rundschau am 30. September 2003.

Gibt es also keine Spielräume mehr für eine Politik, die sich an den Interessen der Bevölkerungsmehrheit statt an den Interessen der Konzerne und Vermögensbesitzer orientiert? *“There is no alternative”*, sagte die Premierministerin Margaret Thatcher Anfang der achtziger Jahre, als sie sich daran machte, die britischen Gewerkschaften zu entmachten, Staatsunternehmen zu privatisieren und soziale Rechte abzubauen. Wenn dies zutrifft, wozu braucht man dann noch Wahlen? Sollte man das Parlament vielleicht gleich abschaffen, damit die „notwendigen Reformen“ zur Sicherung der Konkurrenzfähigkeit (=Lohnsenkung, Sozialabbau, Rentenprivatisierung usw.) nicht blockiert werden?

Wann begann der Prozess, der heute mit dem etwas diffusen Begriff der Globalisierung umschrieben wird und welche Etappen und Formen der Internationalisierung (Handel, Kreditbeziehungen, Produktionsverlagerung) lassen sich

---

3 – UNCTAD 2004: 8f.

4 – Walter 1995, 213

voneinander unterscheiden? Welche Krisentendenzen sind mit dem Welthandel und dem Export von Kapital (d.h. mit der Kreditvergabe, ausländischen Direktinvestitionen und Portfolioinvestitionen) verbunden? Und wie lassen sich diese Krisentendenzen erklären und überwinden?

### 3.2.1 Krisen, Kriege und die Wirtschaftsintegration der Nachkriegszeit

Fand in der Frühphase des Kapitalismus die Globalisierung vor allem in Form des *Warenhandels* statt, so wurde mit dem Übergang zur Großindustrie in den führenden kapitalistischen Ländern eine neue Qualität der wechselseitigen Verflechtung erreicht, in der dem *Kapitalexport* die primäre Rolle zukam. Die zunehmende Konzentration und Zentralisation des Kapitals ging mit einer internationalen Expansion einher, die sich in der Konkurrenz der führenden kapitalistischen Länder um Rohstoffe und Absatzmärkte niederschlug. Ende des 19. Jahrhunderts war eine qualitativ neue Stufe der Entwicklung erreicht: Der Kapitalismus der freien Konkurrenz wich dem *Imperialismus*.

Da die imperialistischen Staaten auf Expansion und Eroberung neuer Märkte und Kolonien angewiesen sind, gleichzeitig aber kaum noch unerschlossene Gebiete übrig geblieben waren, die man sich eingliedern konnte, verschärfen sich die *Konflikte zwischen den kapitalistischen Großmächten*. So brach Deutschland – eine Nation, die bei der Aufteilung der Welt „zu spät“ gekommen war, seit der Reichsgründung 1871 aber eine sehr dynamische wirtschaftliche Entwicklung aufweisen konnte – gleich zwei Weltkriege vom Zaun. Schon der Erste Weltkrieg, der erklärtermaßen um einen „Platz an der Sonne“ (d.h. um mehr Kolonien) geführt wurde, ging mit einer schweren Erschütterung des kapitalistischen Systems einher: In vielen Ländern kam es zu schweren Unruhen, Revolten und revolutionären Aufständen, die in dem „schwächsten Glied der Kette“, dem zaristischen Russland, erfolgreich waren. Nach einer kurzen Phase der Stabilisierung in den zwanziger Jahren setzte in den kapitalistischen Ländern eine zweite schwere ökonomische und politische Krise ein, die 1939 in den Zweiten Weltkrieg mündete. Dieser Krieg forderte nicht nur zig Millionen Todesopfer und hinterließ tausende zerstörte Dörfer und Städte. Durch die technologische Entwicklung (Atombombe) rückte erstmals in der Geschichte auch die Gefahr einer vollständigen Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschen in den Bereich des Möglichen.

Der Aufschwung des Kapitalexports, der nach dem Zweiten Weltkrieg wieder einsetzte, folgte daher nicht nur ökonomischen Motiven. Vielmehr spielten Erwägungen der USA eine Rolle, die ein *geopolitisches Interesse* daran hatte, die Frontstaaten des Kalten Krieges zu stabilisieren, den Wiederaufbau Westeuropas zu unterstützen und den Welthandel bzw. den Handel zwischen den kapitalistischen Ländern wieder in Gang zu bringen. Dies dürfte erklären, warum Staaten wie Westdeutschland und Japan, aber auch Südkorea oder Taiwan eine vergleichsweise dynamische wirtschaftliche Entwicklung durchliefen, die lange Zeit durch hohe Wachstumsraten der Wirtschaft (und der Exporte) gekennzeichnet war. Schließlich lagen alle diese Länder – im Gegensatz beispielsweise zu den lateinamerikanischen oder afrikanischen Staaten – in unmittelbarer Nachbar-

schaft zu sozialistischen Ländern und spielten für die USA eine zentrale Rolle als militärische Stützpunkte und Bündnispartner im Kalten Krieg.

Entsprechend der wirtschaftlichen Übermacht der Vereinigten Staaten nach dem 2. Weltkrieg waren es in den fünfziger und sechziger Jahren fast ausschließlich *transnationale Unternehmen* (TNU) aus den USA, die die Internationalisierung der Produktion vorantrieben. Zwischen 1950 und 1969 stiegen die *Auslandsdirektinvestitionen* (ADI) der US-Firmen um jährlich etwa zehn Prozent<sup>5</sup>. Allerdings stand der Kapitalexport nach dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr so sehr im Zeichen der Unterwerfung von Kolonien und der Ausbeutung von Bodenschätzen – schließlich vollzog sich in weiten Teilen Asiens und Afrikas in den fünfziger, sechziger und siebziger Jahren ein Prozess der politischen und z.T. auch wirtschaftlichen Emanzipation von den ehemaligen Kolonialmächten. Auf diesen Entkolonialisierungsprozess musste auch die US-Administration Rücksicht nehmen, die schließlich befürchten musste, dass sich die ehemaligen Kolonien dem sozialistischen Lager anschließen. Entsprechend war der US-amerikanische Präsident Truman in seiner Antrittsrede 1947 sehr bemüht sich vom „alten Imperialismus“ der europäischen Kolonialmächte abzugrenzen: „Wir müssen ein neues kühnes Programm aufstellen, um die Segnungen unserer Wissenschaft und Technik für die Erschließung der unterentwickelten Weltgegenden zu verwenden. ... Der alte Imperialismus – das heißt die Ausbeutung zugunsten ausländischer Geldgeber – hat mit diesem Konzept eines fairen Handels auf demokratischer Basis nichts zu tun.“<sup>6</sup>

Stattdessen stand bei der Mehrzahl der ausländischen Direktinvestitionen, die in den fünfziger und sechziger Jahren von US-amerikanischen Firmen getätigt wurden, die Erschließung neuer Märkte im Vordergrund. So wurden überwiegend in Europa Tochtergesellschaften aufgekauft oder gegründet – wobei hier angemerkt werden muss, dass die Ansiedlung von Produktionsstätten im Ausland auch dazu diente, bestehende oder drohende *Handelsbarrieren* zu umgehen. Charakteristisch für den Kapitalexport der Nachkriegszeit war die *Aufspaltung der Produktion* in Teilfertigungen und deren Verlagerung an unterschiedliche Standorte – eine Entwicklung, die durch die zunehmende Zergliederung des Arbeitsprozesses sowie durch Fortschritte im Verkehrswesen und der Informations- und Kommunikationstechnologie ermöglicht und gefördert wurde. Neben dieser Strategie des „worldwide sourcing“, welche die innerbetriebliche Arbeitsteilung für rasche Produktivitätsfortschritte zu nutzen verstand, nahm aber auch die Aufspaltung der Produktion in einzelne *Branchen* nach 1945 enorm zu. Eine Ursache hierfür war die wissenschaftlich-technische Revolution, die zu einer „Sortimentexplosion“ bei Produktions- und Verbrauchsgütern und zur verstärkten Aufgliederung alter und zur Entstehung neuer Industriezweige führte. *Taylorismus* (fortschreitende Zergliederung der Arbeitsvorgänge, arbeitende Menschen werden nur als Produktionsfaktoren und -kosten gesehen), *Scientific Management* (die wissenschaftlich unterstützte Rationalisierung der Arbeitsver-

---

5 – Hymer 1972, 216

6 – Vgl. Truman, Harry S. (1949): Inaugural Address, 20. Januar 1949, in: Documents on American Foreign Relations, Connecticut: Princeton University Press, 1967, dt.: zit. n.: Truman, Harry S. (o.J.): Memoiren, Bd.II, Stuttgart, S. 254f.

richtungen) und *Fordismus* (Massenproduktion zur Erreichung von Skalenerträgen, d.h. Gewinnen, die aus der pro Stück kostengünstigeren Produktion mit wachsenden Stückzahlen resultieren, auf der Angebotsseite; Massenkonsum, der durch Werbung kräftig unterstützt wird, auf der Nachfrageseite) wurden zu universellen Phänomenen.

### 3.2.2 Wirtschaftskrise, Ölpreisschock und Nord-Süd-Konflikt

Das Nachkriegsmodell kapitalistischer Entwicklung geriet Mitte der siebziger Jahre in eine Krise (→ Kap. 1.3.1). In allen großen Industrieländern erschlaffte die Wachstumsdynamik und es kam wieder zu struktureller Massenarbeitslosigkeit, gegen die sich auch durch antizyklische Konjunkturpolitik wenig ausrichten ließ. Diese strukturellen Stagnations- und Marksättigungstendenzen in den großen Industrienationen hatten zur Folge, dass Konzerne und Banken aus den entwickelten Industrienationen verstärkt in Staaten der Dritten Welt nach profitablen Anlage- und Absatzmöglichkeiten suchten – und so wurden die Entwicklungsländer in den siebziger Jahren mit *Kredit* geradezu überschwemmt. Altwater zufolge expandierten die internationalen Kreditmärkte in den siebziger Jahren mit durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten von 22%. Im Vergleich dazu wuchs der Welthandel im selben Zeitraum nur um durchschnittlich sechs Prozent, und das Wachstum des Bruttosozialprodukts der OECD-Länder betrug etwa drei Prozent.<sup>7</sup>

Wie ist dieses starke Wachstum der privaten Kreditvergabe an Staaten der Dritten Welt zu erklären? Hier ist an erster Stelle die *Wirtschaftskrise 1973/74* in den Industrieländern zu nennen, die in der Literatur häufig mit den so genannten *Ölpreisschocks* in Verbindung gebracht wird (→ Kap. 1.3.1). Tatsächlich trugen sowohl die Nachkriegskonjunktur in Europa, die expansive Geldpolitik der USA als auch die enormen Überschüsse der erdölproduzierenden Länder, die sich zur OPEC formiert hatten, dazu bei, dass überschüssige Liquidität entstand, die nach Anlagen suchte. Dies äußerte sich in niedrigen Realzinssätzen, die wiederum Anreize schufen, sich in größerem Umfang zu verschulden. Hinzu kam, dass die Währungsordnung, die 1944 in Bretton Woods vereinbart worden war und die auf einem System fixer Wechselkurse mit dem US-Dollar als Leitwährung basierte, Anfang der siebziger Jahre an ihre Grenzen stieß und 1973 endgültig aufgegeben wurde (→ Kap. 7.2.1). Dies lässt sich allerdings weniger auf die Politik der OPEC als auf die Erosion der US-amerikanischen Hegemonie zurückführen, die sich ökonomisch im Wertverfall des Dollars ausdrückte. So konnte der in Bretton Woods vereinbarte Umtauschkurs von US\$ in Gold (35 US\$ = eine Feinunze Gold) nicht länger aufrechterhalten werden, was u. a. damit erklärt werden kann, dass die USA im Zusammenhang mit dem Vietnamkrieg dazu übergegangen waren, immer mehr Dollarnoten zu drucken, um ihre Militärausgaben zu finanzieren.

Warum äußerte sich der verstärkte Kapitalexport in die Entwicklungsländer in den siebziger Jahren nicht so sehr in einem Aufschwung der ausländischen Direktinvestitionen (wie in den neunziger Jahren), sondern stattdessen überwie-

---

7 – Altwater 1984: 199

gend in Krediten an die Regierungen der Dritten Welt? Dies hat wahrscheinlich mit dem sich in den siebziger Jahren zuspitzenden Nord-Süd-Konflikt zu tun. So setzten sich in vielen Entwicklungsländern nationale Bewegungen durch, die nach politischer und ökonomischer Unabhängigkeit von den kapitalistischen Großmächten strebten und die transnationale Konzerne keineswegs als erwünschte „Entwicklungshelfer“ ansahen. Entsprechend waren ausländische *Direktinvestitionen* in vielen Entwicklungsländern gar nicht erlaubt oder waren an strikte Bedingungen geknüpft. Im Vergleich zu ADI hatten *Kredite* den Vorteil, dass die Regierungen der Entwicklungsländer über ihre Verwendung selbst bestimmen konnten. Dass dahinter auch Überredung und politische Strategie steckten, hat ein „Economic Hit Man“<sup>8</sup> enthüllt. Erst später wurde deutlich, dass die eigene Souveränität so untergraben und die Wirtschaftspolitik in fremde Hände gegeben wurde.

Insbesondere die USA waren vor dem Hintergrund der Blockkonfrontation daran interessiert, die strategisch wichtigen Staaten der Semiperipherie mit großzügigen Krediten zu stabilisieren und wirtschaftlich und militärisch an sich zu binden. Auf eine sinnvolle Verwendung der Kredite wurde dabei kaum geachtet: Ein großer Teil der Kredite wurde nicht für den Import von Produktionsgütern, sondern für Rüstungsimporte verwendet oder diente dazu, Konsumbedürfnisse zu befriedigen und damit die Herrschaft der Eliten zu sichern – was über kurz oder lang in eine Krise führen musste. Doch zunächst schien es, als könne man die Folgen der Überproduktionskrise abmildern, indem man Kredite und Waren in aufstrebende Schwellenländer exportiert – jedenfalls erwies sich die zunehmende Verschuldung der Dritten Welt lange Zeit als *vorteilhaft für alle Beteiligten*. Die Banken profitierten von der Bereitstellung der Kredite und den Zinsen; die Schuldnerländer konnten dank der Kredite ihr Importvolumen aufrechterhalten, was wiederum den Industrienationen zugute kam, die ihre Waren in die Dritte Welt absetzen konnten<sup>9</sup>. Erst die dramatischen Veränderungen der weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zu Beginn der achtziger Jahre führten die verschuldeten Länder in einen Teufelskreis steigender Kosten und sinkender Zahlungsfähigkeit<sup>10</sup>.

### 3.2.3 Neue Internationale Arbeitsteilung?

Die Differenz zwischen den Wachstumsraten in den USA und Europa und den weitaus höheren Wachstumsraten in vielen Schwellenländern führten in den siebziger Jahren zu Diskussionen über die Entstehung einer *Neuen Internationalen Arbeitsteilung*. Dieser Begriff wurde 1977 von Fröbel, Heinrichs und Kreye geprägt, die davon ausgingen, dass die traditionelle Aufspaltung der Welt in Industrieländer einerseits und rohstoffexportierende Entwicklungsländer andererseits tendenziell überwunden wird. Tatsächlich stieg der Anteil der Industrieprodukte an den Exporten der Schwellenländer von 20% (1960) auf 60% (1990)<sup>11</sup> an. Doch auch wenn rein komplementäre Handelsbeziehungen (Roh-

---

8 – Perkins 2003

9 – Kampffmeyer 1987, 18

10 – Frank 1989, 760

11 – Weltbank 1995, 5

stoffe gegen Industriegüter) zugunsten des *Austauschs von Industrieerzeugnissen* zurückgedrängt wurden, so muss dies noch nicht bedeuten, dass sich die relative Position der Entwicklungs- und Schwellenländer im System der internationalen Arbeitsteilung grundlegend verändert hat.

Zumindest bislang sind es überwiegend standardisierte, routinisierte und umweltbelastende Fertigungsschritte, die in die Entwicklungsländer verlagert werden, d.h. die hierarchische Arbeitsteilung zwischen Entwicklungs- und Industrieländern reproduziert sich auf einer höheren Ebene und in neuer Form. Was diese neue Form der *intra-industriellen Arbeitsteilung* betrifft, so liefert die *Produkt-Zyklus-Hypothese* von Vernon aufschlussreiche Erkenntnisse.<sup>12</sup> Demnach durchläuft jedes Produkt einen „Lebenszyklus“, der sich in die Entwicklungs- und Einführungsphase, die Wachstumsphase, Reifungs- und schließlich Schrumpfungphase unterteilen lässt. Jede dieser Phasen stellt andere Anforderungen an die Unternehmen und ihr Umfeld und damit an die Standorte der Produktion. Im Lauf des Lebenszyklus eines Produktes verschiebt sich der optimale Produktionsstandort immer mehr von den Zentrums- zu den Peripherie-regionen<sup>13</sup>. Produktinnovationen und die damit verbundenen Funktionen wie Forschung und Entwicklung, Marktforschung, Konstruktion und Design, Marketing und Vertrieb sowie die Planungs- und Entscheidungsfunktionen sind in den hoch entwickelten Verdichtungszentren angesiedelt. Je weiter nun der Lebenszyklus eines Produkts voranschreitet, d.h. je mehr sich der Schwerpunkt von der Produktinnovation zur Produktmodifizierung und Prozessinnovation verschiebt, desto mehr wird der Produktionsprozess vom ursprünglichen Standort unabhängig. So kann durch Standardisierung des Produktionsablaufs auf hoch qualifizierte Arbeitnehmer mehr und mehr verzichtet werden, und andere Standortfaktoren (niedrige Löhne, geringe Steuern und Auflagen, keine Umweltschutzgesetzgebung usw.) gewinnen an Bedeutung. Es erweist sich daher als sinnvoll, bei einer Einschätzung der Bedeutung der Standortfaktoren nach Industriezweigen, Teilfertigungen usw. zu differenzieren. Generell kann man sagen, dass die moderne humankapital- und technologieintensive Produktion nach wie vor von relativ immobilen Standortfaktoren abhängig ist. Qualifizierte Arbeitskräfte und Industriekulturen lassen sich nicht überall in kurzer Zeit entwickeln – auch in den europäischen Kernländern der Industrialisierung benötigte ihre zwangsweise Durchsetzung viele Jahrzehnte<sup>14</sup>.

Außerdem spielen gerade bei den immer wichtiger werdenden Produktinnovationen *Fühlungsvorteile* am Standort (z.B. zu politischen Entscheidungszentren, Forschungsinstitutionen, Zulieferindustrien, Banken, also komplizierte Beziehungsgeflechte, in denen Synergieeffekte entstehen) eine große Rolle.

Ferner ist die wachsende *Differenzierung* innerhalb der Dritten Welt zu berücksichtigen. Während die *Mehrzahl der Entwicklungsländer* noch immer in erster Linie als *Rohstofflieferanten* fungieren, gelang es verschiedenen *Schwellenländern* sowie China, sich zu bedeutenden Produzenten und Expor-

---

12 – Vernon, Ray (1966): International Investment and International Trade in the Product Cycle. Quarterly Journal of Economics, 80, 190-207.

13 – Thierstein/Langenegger 1994, 500

14 – Polanyi 1977

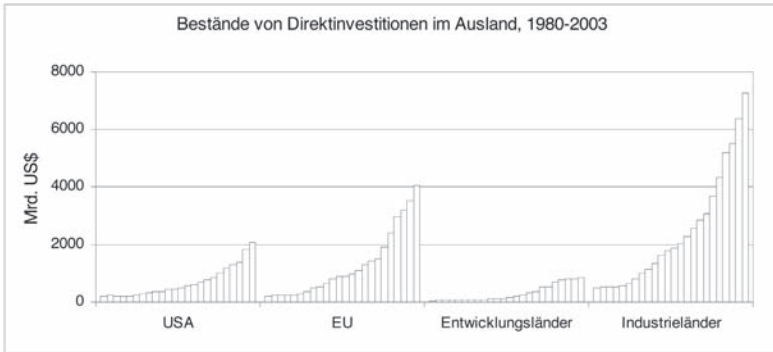


Abb. 3.1: Bestände von Direktinvestitionen im Ausland, 1980-2003

Quelle: UNCTAD, 2004: World Investment Report

teuren von Industrieprodukten zu entwickeln. Allerdings kann mit Hymer<sup>15</sup> argumentiert werden, dass die asymmetrische Arbeitsteilung zwischen Industrie- und Entwicklungsländern insofern unverändert geblieben ist, als es fast immer *transnationale Konzerne aus den Industrieländern* waren, die eine „abhängige Industrialisierung“ in den Schwellenländern initiiert haben. Da die Zentralen dieser Konzerne *weiterhin in den Industrieländern* verbleiben, ist die hierarchische Arbeitsteilung zwischen den Regionen im Wesentlichen dieselbe geblieben.

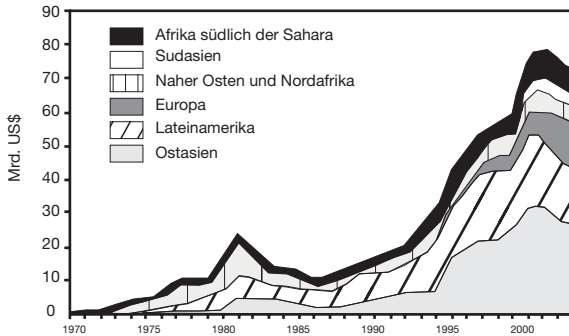
Noch immer befindet sich unter den größten TNU fast kein Konzern, der nicht in den USA, Europa oder Japan seinen Hauptsitz hätte. Geordnet nach dem Auslandsvermögen der Konzerne befanden sich im Jahr 2002 unter den größten 100 TNU nur vier Konzerne mit Sitz in einem Entwicklungsland<sup>16</sup>. Entwicklungsländer treten als *Exporteure von Kapital* kaum in Erscheinung, wie die Abb. 3.1 verdeutlicht, in der die Bestände an Direktinvestitionen im Ausland miteinander verglichen werden. Während sich die ADI-Bestände der Industrieländer mittlerweile auf über sieben Billionen US-Dollar belaufen, haben die ADI-Bestände aller Entwicklungsländer zusammengenommen noch nicht einmal die Schwelle von einer Billion US\$ erreicht. Im Jahr 2003 hatten alle Entwicklungsländer Direktinvestitionsbestände im Ausland im Wert von 859 Mrd. US\$; die ADI-Bestände der USA waren mit mehr als 2.069 Mrd. US\$ mehr als doppelt so hoch, die der EU mit 4.036 Mrd. US\$ mehr als viermal so hoch.

Leider gibt es kaum verlässliche Statistiken darüber, wie hoch die Gewinne sind, die aus der ausgelagerten Produktion wieder in die Konzernzentralen zurückfließen. Schätzungen<sup>17</sup> gehen davon aus, dass die gesamten Auslands-einkünfte US-amerikanischer TNU sich im Jahr 2002 auf 134 Mrd. US\$ belie-

15 – Hymer (Multinationale Konzerne und das Gesetz der ungleichen Entwicklung)

16 – Auf Platz 16 Hutchison Whampoa Limited (Hongkong/China), auf Platz 70 der Telekommunikationskonzern Singtel Ltd. aus Singapur; auf Platz 87 die Cemex S.A. mit Sitz in Mexiko und auf Platz 93 der Elektronik-Konzern Samsung aus Südkorea. (UNCTAD 2004: World Investment Report)

17 – McKinsey (2005): 53



**Abbildung 3.2:** Rücktransfers von Gewinnen aus ausländischen Direktinvestitionen  
 Quelle: World Bank, 2004: *Global Development Finance*

fen – allerdings bleibt unerwähnt, in welchen Ländern diese Profite erzielt wurden. Nach einer Studie des IWF sind Investitionen in Entwicklungs- und Schwellenländern mit Mehrwertraten von fünfzehn bis zwanzig Prozent jedoch profitabler als bislang angenommen wurde<sup>18</sup>.

Nach Daten der Weltbank sind die Rücktransfers von Gewinnen aus Entwicklungsländern von 0,66 Mrd. US\$ (1970) auf 24,5 Mrd. US\$ (1981) angestiegen, um dann im Zuge der internationalen Verschuldungskrise ab 1982 wieder zu fallen. In den neunziger Jahren stiegen die Profite aus ADI in Entwicklungsländern dann wieder enorm an und erreichten 2001 mit 79,1 Mrd. US\$ ihren Höchstwert (siehe Abb. 3.2).

Nun kann man argumentieren, dass nicht alle Gewinne, die von Tochtergesellschaften der TNU erwirtschaftet werden, wieder in die Zentrale zurückfließen. Solange die Geschäfte gut laufen, dürfte ein Großteil der Gewinne reinvestiert werden. Trotzdem dürfte ein autozentrierter Entwicklungsweg, der sich auf den Aufbau eigener technologischer Kapazitäten, Konzerne und Industriezweige konzentriert, erfolgversprechender sein als eine Strategie, die allein darauf abzielt, transnationale Konzerne bzw. Kapital aus dem Ausland durch spezielle Anreize anzulocken – zumindest die chinesische, aber auch die südkoreanische Entwicklung liefern hierfür Indizien. Auf der anderen Seite hat die Erfahrung gezeigt, dass eine „abhängige Industrialisierung“ mit großen Risiken verbunden ist. So gerieten viele der Staaten, die in den siebziger Jahren zu den dynamischen Schwellenländern gezählt wurden, wenige Jahre später in eine schwere Verschuldungskrise, der ein „verlorenes Jahrzehnt“ folgen sollte<sup>19</sup>.

### 3.2.4 Die Verschuldung der Entwicklungsländer – eine Krise ohne Ende?

Als die Weltwirtschaft Ende der siebziger Jahre erneut in eine Krise geriet, kam es in den wichtigsten Industrieländern zu einer wirtschaftspolitischen Kehrtwende, die bereits unter den sozialliberalen Regierungen Carter, Schmidt und

18 – Lehmann, Alexander (2002): Foreign Direct Investment in Emerging Markets: Income, Repatriations and Financial Vulnerabilities, in: IMF WP/02/47, S. 24

19 – Krüger 2005

Callaghan eingeleitet wurde und sich mit der neoliberalen Wende zu Reagan, Thatcher und Kohl allgemein durchsetzte. Angesichts der hohen Inflationsraten setzte man nunmehr verstärkt auf monetaristische Konzepte, welche die Stabilisierung der Volkswirtschaft durch Inflationsbekämpfung in den Vordergrund stellten. Ein Bestandteil dieser neoliberalen Wende war die im Oktober 1979 von den USA eingeleitete Hochzinspolitik, die – sowohl im nationalen Rahmen als auch auf internationaler Ebene – die Machtverhältnisse zugunsten der Gläubiger bzw. Kapitalbesitzer verschob. Gleichzeitig wurde versucht, die Arbeitskosten durch Senkung der Löhne, Entmachtung von Gewerkschaften und Abbau sozialer Leistungen zu senken – eine Politik, die ebenfalls den Investoren bzw. Kapitaleignern zugute kommen sollte.

Laut Boris hat die Hochzinspolitik der USA, die ein Versuch war, den Verfall des US-Dollars zu stoppen, die Entwicklungsländer in mehrfacher Weise unter Druck gesetzt und zur Verschuldungskrise beigetragen:

- Sie bewirkte nahezu eine Verdreifachung der jährlichen Zinszahlungen.
- Die privaten Geschäftsbanken waren fortan nicht mehr bereit, Kredite an die Entwicklungsländer in dem bisherigen Maße zu vergeben, da in den USA höhere Finanzprofite winkten.
- Infolge der Hochzinspolitik stieg der Dollarwert gegenüber allen anderen Währungen stark an, was für die Leistung des Zinsendienstes in Dollars eine noch größere Exportmenge bzw. noch höhere Handelsbilanzüberschüsse bei den Schuldnern voraussetzte.
- Die (direkte oder indirekte) Abwertung der Landeswährung trug in vielen Fällen zu einem rapiden Anstieg der Inflationsrate bei, was wiederum dazu führte, dass die nationale Währung unter starken Abwertungsdruck geriet und sich die Anreize zur Kapitalflucht erhöhten<sup>20</sup>.

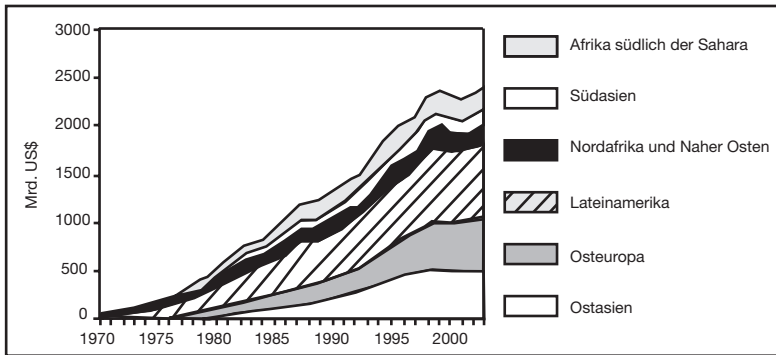
Schätzungen zufolge waren 40% des Anstiegs der Verschuldung in den Jahren 1979 bis 1982 auf höhere Zinssätze zurückzuführen<sup>21</sup>. Viele Staaten waren genötigt, neue Kredite aufzunehmen, um die Zinsen für die alten bezahlen zu können – damit war die *Schuldenspirale in Gang* gesetzt und die Zahlungsunfähigkeit der Schuldner absehbar. Doch die Hochzinspolitik der USA ließ nicht nur die Verschuldung (siehe Abb. 3.3) und den Schuldendienst der Entwicklungsländer stark ansteigen, sondern führte auch in den meisten Industrieländern zu massenhaften Insolvenzen bzw. zu einer Rezession. Da die Industrieländer als Reaktion auf die Wirtschaftskrise ihr Importvolumen drosselten und ihre heimische Industrie mittels protektionistischer Maßnahmen zu schützen versuchten, waren die Entwicklungsländer immer weniger in der Lage, ihre Exporte abzusetzen. Der Welthandel stagnierte, und in der Folge sanken die Rohstoffpreise allein zwischen 1980 und 1982 um durchschnittlich 25%<sup>22</sup>. Parallel zur Erhöhung der Schulden verschlechterte sich also die Handelsbilanz der Entwicklungsländer; eine Entwicklung, die durch die erneute drasti-

---

20 – Vgl. Boris, Dieter (1987): Die Verschuldungskrise in der Dritten Welt, S. 24f.

21 – Zgaga/Kulesa/Brand 1992, 3

22 – Körner/Maaß/Siebold/Tetzlaff 1984, 44



**Abbildung 3.3:** Die Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer, 1970-2003

Quelle: World Bank, 2004: *Global Development Finance*

sche Erhöhung der Ölpreise 1978–80 für die nicht-erdölexportierenden Staaten noch verschärft wurde.

Im August 1982 erklärte Mexiko – eines der am höchsten verschuldeten Länder – seine *Zahlungsunfähigkeit*. Dies bewegte die Banken zu einem Rückzug aus dem Kreditgeschäft mit der Dritten Welt. Der Kreditstopp bewirkte, dass von Mitte 1982 bis Ende 1984 66 Länder der Dritten Welt ihre Zahlungsunfähigkeit erklärten und sich den Strukturanpassungsprogrammen des IWF unterwerfen mussten<sup>23</sup>. Angesichts des Mangels an neuen Krediten wurden die hoch verschuldeten Länder der Dritten Welt in den Status von Nettokapital-exporteuren gezwungen, während die USA dank des enormen Kapitalimports eine konjunkturelle Erholung erlebten.

Es ist bezeichnend, dass das Problem der Verschuldung der Dritten Welt erst 1982 *ins Bewusstsein der westlichen Öffentlichkeit* rückte, denn erst jetzt waren auch die Gläubiger mit den Folgen der enormen Kreditexpansion konfrontiert. So hatte Mexiko im Sommer 1982 Schulden in Höhe von 80 Mrd. Dollar, vor allem bei US-Banken: Die neun größten unter ihnen hatten jeweils 44% ihres Kapitals als Kredite in dieses Land gepumpt<sup>24</sup>. Hätte Mexiko die Zinszahlungen gänzlich eingestellt, wären diese Banken vom Bankrott bedroht gewesen, zudem wären die Aktienkurse ins Bodenlose gestürzt und Erschütterungen des internationalen Finanzsystems wären nicht zu vermeiden gewesen – was schwerwiegende Folgen auch für die Industrieländer gehabt hätte.

Der mit der so genannten „Mexiko-Krise“ *drohende Kollaps des internationalen Finanzsystems* konnte durch ein rasch geschmiedetes Gläubigerkartell aus dem IWF, der BIZ, den Zentralbanken und den Regierungen der OECD-Länder *verhindert* werden. Da den privaten Gläubigern jegliche Sanktionsfähigkeit gegenüber den Schuldnern fehlte, stellten öffentliche Institutionen ihre politischen Druckmittel in den Dienst der (privaten) Großbanken<sup>25</sup>. Besonders der *Internationale Währungsfonds* gewann im Zusammenhang mit

23 – Chahoud 1988, 46

24 – George 1988, 60

25 – Altwater/Hübner 1988, 25

den Umschuldungsverhandlungen enorm an Bedeutung: Auf der einen Seite verhinderte er durch den Einsatz eigener Finanzmittel den totalen Rückzug der Banken aus dem Kreditgeschäft mit der Dritten Welt und sorgte dafür, dass die Entwicklungsländer weiterhin mit „fresh money“ versorgt wurden. Auf der anderen Seite bemühte er sich im Interesse der Großbanken, die *Zahlungsfähigkeit der Schuldner mittelfristig wiederherzustellen*, indem er die Gewährung neuer Kredite an harte wirtschaftspolitische Auflagen knüpfte. Die Schuldnerländer, die sich den Auflagen des IWF (→ Kap. 7.2.1) nicht beugen wollten, wurden automatisch vom internationalen Kreditmarkt ausgeschlossen. Erst wenn sich die Schuldner zur Durchführung von so genannten *Strukturanpassungsprogrammen* (SAP) verpflichtet hatten, bekamen sie Zugang zu neuen Krediten. Durch die SAP des IWF wird die nationale und politische *Souveränität der Schuldnerländer tiefgreifend beschnitten*. Da die Gewährung neuer Kredite von der Erreichung bestimmter makroökonomischer Zielgrößen abhängig gemacht wird, ist den Schuldnerländern die Wirtschaftspolitik mehr oder weniger vorge-schrieben: Sie sollen

- ihre Exporte forcieren,
- ihre Importe drosseln und
- ihre staatlichen Ausgaben vermindern.
- Der Außenwirtschaftsverkehr soll liberalisiert,
- der Zufluss von ausländischem Kapital erleichtert und
- es sollen die einheimischen Märkte und Rohstoffe für ausländische Investoren geöffnet werden.

### 3.2.5 Soziale und ökologische Folgen

Welche Wirkungen hatten derartige Maßnahmen auf die unterentwickelten Ökonomien der *Schuldnerländer*? Zum einen gelang es den Schuldnerländern bei aller Anstrengung nicht, durch Steigerung der Exportproduktion die für den Schuldendienst erforderlichen Erlöse zu erwirtschaften. Da viele Staaten gleichzeitig versuchten, ihre Exportproduktion zu steigern, kam es zu *Überschüssen und Preisverfall*; außerdem sicherten sich die Industrienationen durch protektionistische Maßnahmen gegen die Importflut aus den Schuldnerländern ab. Ein Ausgleich der Zahlungsbilanz war demzufolge nur über eine massive Reduzierung der Importe zu erreichen. In den Jahren 1981 bis 83 wurden die Importe lateinamerikanischer Länder um fast die Hälfte reduziert<sup>26</sup>; da die verbliebenen Importe nicht ausreichten, um den Produktionsumfang aufrechtzuerhalten, musste die Wirtschaftstätigkeit drastisch gedrosselt werden.

Die meisten Länder gerieten durch die SAP in eine *schwere Rezession*; Produktion und Investitionen gingen zurück; die Preise insbesondere für Grundbedarfsgüter stiegen enorm an bei gleichzeitig sinkenden bzw. stagnierenden Reallöhnen; die staatlichen Ausgabenkürzungen bewirkten Verschlechterungen im Gesundheits-, Sozial- und Bildungsbereich und die Arbeitslosigkeit stieg aufgrund des Personalabbaus im öffentlichen Sektor sprunghaft an (→ Kap. 7.2.1). Die Tabelle 3.1 beschreibt den Verlauf der Krise in fünfzehn hoch verschuldeten

---

26 – Schubert 1985, 147

	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986
BSP pro Kopf (jährliche Veränderung in %)	3,6	2,6	-1,6	-2,7	-5,5	-0,1	0,9	1,4
Inflationsrate	40,8	47,4	53,2	57,7	90,8	116,4	126,9	76,2
Bruttokapitalbildung (in % des BSP)	24,9	24,7	24,5	22,3	18,2	17,4	16,5	16,8

**Tab. 3.1:** Der Verlauf der Krise in 15 hoch verschuldeten Staaten\*

\*Argentinien, Bolivien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Elfenbeinküste, Ecuador, Mexiko, Marokko, Nigeria, Peru, Philippinen, Uruguay, Venezuela, Jugoslawien.

Quelle: IWF: *World Economic Outlook, April 1987*; zit. nach Sachs, Jeffrey (1988): *Introduction*, in: Sachs, Jeffrey: *Developing Country Debt and Economic Performance. Vol. 1, Chicago, London, S. 2.*

Staaten anhand von einigen ökonomischen Indikatoren. Demnach ging die Verschuldungskrise im Durchschnitt mit einer vier Jahre währenden Rezession einher; die Inflationsraten stiegen in den Jahren nach der Krise stark an, während die Bruttokapitalbildung trotz des schrumpfenden Wirtschaftswachstums von einem Viertel des BSP auf ein Sechstel des BSP zurückging.

Als unmittelbare Reaktion auf die Durchführung der SAP kam es in zahlreichen Ländern der Dritten Welt zu heftigen Aufständen der Bevölkerung (so genannte „IWF-Riots“ u. a. in Peru 1977/78, Ägypten 1977, Tunesien 1978 und 1984, Brasilien 1983/84, Dominikanische Republik 1984/85, Venezuela 1989).

*Polen* ist ein lehrreiches Beispiel: Die westlichen Kredite, die anfangs der siebziger Jahre zu günstigen Konditionen aufgenommen worden waren, konnten nach dem Anstieg der Zinsen nur noch dadurch bedient werden, dass alles Erdenkliche, insbesondere auch landwirtschaftliche Produkte, exportiert wurde. Die kurze Blüte um 1970 wurde daher von einer *zunehmend sich verschärfenden Wirtschaftskrise* abgelöst, die mitverantwortlich war für die Aufstände 1976 und für das Entstehen der Oppositionsbewegung *Solidarnosc*. 1981 waren die Schulden auf 27 Mrd. US\$ aufgelaufen, der Schuldendienst belief sich auf zehn Mrd. Dollar jährlich, die Versorgungskrise hatte ihren tiefsten Punkt erreicht. Am 13. Dezember sieht sich Präsident Jaruzelski gezwungen, das *Kriegsrecht* auszurufen. 1982 tritt Polen dem IWF bei, und es wird ein Strukturanpassungsprogramm ausgehandelt. Die Preise werden freigegeben und steigen um 300–400%; Subventionen werden gestrichen, der Zloty abgewertet, Löhne und Gehälter eingefroren, die Kaufkraftminderung beträgt 35%, die Armut nimmt rasch zu. Dies waren die *Voraussetzungen für die politische Wende*: In der Wahl zum Sejm 1989 erhielt *Solidarnosc* 80% der Sitze; bis 1990 waren die Schulden auf 50 Mrd. US\$ angewachsen.

Obwohl zahlreiche Entwicklungsländer gleichzeitig in die Krise gerieten, es sich also um eine internationale Schuldenkrise handelte, lag den Umschuldungsverhandlungen zwischen Schuldnern und Gläubigern eine „Fall zu Fall“-Philosophie zugrunde, d.h. mit jedem zahlungsunfähigen Land wurde gesondert verhandelt. Ziel dieser Strategie des „teile und herrsche“ ist es, globale Lösungsansätze, die auf grundlegende Korrekturen der internationalen Finanz- und Wirtschaftsbeziehungen zielen, gar nicht erst in den Horizont poli-

tischer Alternativen treten zu lassen<sup>27</sup>. Zwar war die Idee einer stärkeren politischen Abstimmung und Zusammenarbeit unter den Schuldnerländern vielerorts populär und wurde auch von einigen Regierungen (u. a. Kuba) offensiv vertreten. In der Regel ließen sich die Eliten der Entwicklungsländer durch die Sanktionsdrohungen der Gläubiger jedoch einschüchtern – schließlich mussten sie befürchten, dass ihr z. T. enormes Auslandsvermögen aus Kapitalfluchtgeldern im Falle einer Zahlungsverweigerung von den Gläubigern beschlagnahmt werden würde<sup>28</sup>.

Ein Ergebnis dieser Abhängigkeit ist, dass die *Kapitalrückflüsse an die Geberländer gesichert* sind, wobei sie aus den Entwicklungsländern in der Regel mehr abziehen, als durch Entwicklungshilfe und Investitionen in sie hineinfließt: Nach Angaben der Weltbank flossen zwischen 1980 und 2003 rund 1,5 Billionen € allein an Zinsen von Süd nach Nord. Die zusammengekommene Entwicklungshilfe der Industrieländer belief sich im gleichen Zeitraum auf knapp eine Billion € – also auf nur 61 % der Zinsleistungen. Kein Wunder, dass es den Ländern nicht gelungen ist, ihren Schuldenberg abzutragen. Zwar wurde seit den ersten Erlassen im Jahr 1988 bis zum Jahr 2002 rund 50 Mrd. € an Schulden gestrichen – im gleichen Zeitraum zahlte dieselbe Ländergruppe jedoch 35 Mrd. € an Zinsen. Auch der auf dem G8-Gipfel in Gleneagles ausgehandelte Schuldenerlass in Höhe von 33 Mrd. €, der auch noch über die nächsten vierzig Jahre gestreckt wird, ist angesichts einer Gesamtschuldenlast der Entwicklungsländer von zwei Billionen € kaum mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Da es den Großschuldnern der Dritten Welt bislang nicht gelungen ist, sich auf eine gemeinsame Position gegenüber den Gläubigern zu einigen – und diese freiwillig nie auf Zinseinnahmen verzichten würden – ist die internationale Verschuldungskrise bis heute nicht gelöst worden. Zwar sind zwischen 1982 und 1990 ca. eine Mrd. € in den Schuldendienst geflossen, aufgrund der hohen Zinsen hat sich die Auslandsverschuldung der Entwicklungsländer jedoch keineswegs verringert, sondern stieg von ca. 6,6 Mrd. € auf eine Billion Euro (1990) und auf über zwei Billionen Euro (2003) an. Vor diesem Hintergrund erscheint auch der von den Finanzministern der G7 im Sommer 2005 beschlossene Schuldenerlass in Höhe von bis zu 46 Mrd. € lächerlich gering; zumal nur jene Staaten in den Genuss des Erlasses kommen werden, die bereit sind, ihre Außen- und Wirtschaftspolitik an den Interessen der mächtigen Länder auszurichten.

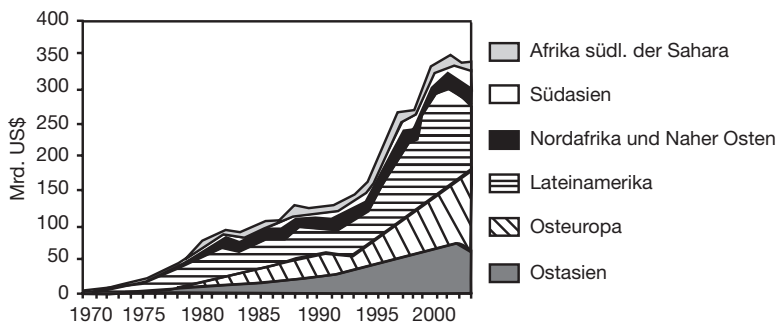
Der Propaganda der reichen Länder zum Trotz sind es die armen Länder, die den reichen Ländern „Entwicklungshilfe“ gewähren: Allein die *Zinszahlungen* der Entwicklungsländer beliefen sich zwischen 1980 und 2003 auf 1,5 Billionen € und war damit weit höher als die in diesem Zeitraum von allen Industrieländern geleistete *Entwicklungshilfe* in Höhe von knapp einer Billion €.

Mittlerweile fließen jährlich etwa 285 Mrd. € an Schuldendienst aus dem Süden in den Norden (siehe Abb. 3.4), was die Entwicklung in den verschuldeten Ländern blockiert und erheblich zur Verschärfung der Armut beiträgt (→ Kap. 5.2.1.). Dabei wirkt die Überschuldung der Dritten Welt in Form einer

---

27 – Altvater/Hübner 1988, 25

28 – Kampffmeyer 1987, 20



**Abbildung 3.4:** Schuldendienst der Entwicklungsländer, 1970-2003

Quelle: World Bank, 2004: *Global Development Finance*

*zunehmenden Zerstörung* des globalen Ökosystems auch auf uns (Menschen in den Industrieländern) zurück. So hat die hohe Verschuldung den Entwicklungsländern Handlungsspielräume genommen, eine ökologisch tragfähige Entwicklung einzuleiten. Um den Schuldendienst bedienen zu können, sind sie zur intensiven Nutzung ihrer Rohstoffe gezwungen. Dies impliziert den Anbau von Monokulturen, den Einsatz großer Mengen an Dünger und Pestiziden, die forcierte Abholzung tropischer Regenwälder u. v. m. Während immer größere Bodenflächen von der kapitalintensiven Exportlandwirtschaft vereinnahmt werden, nimmt die verfügbare Fläche für Subsistenzproduktion ab und die Kleinbauern müssen auf ungeeignete Böden ausweichen. In vielen Regionen der Dritten Welt machen sich die *Folgen der fortgesetzten Naturzerstörung* daher weit verheerender als früher bemerkbar: So hat sich sowohl die Zahl der registrierten Dürren als auch die Zahl der registrierten Überschwemmungen in den achtziger Jahren gegenüber dem Jahrzehnt zuvor verdoppelt<sup>29</sup> (→ Kap. 2.4). Schätzungen zufolge hat die Zahl der Flüchtlinge, die aufgrund von irreversiblen Umweltschäden und Naturkatastrophen ihre Heimat verlassen müssen, dramatisch zugenommen. All dies zeigt, wie eng ökologische und soziale Krisen miteinander verbunden sind und sich wechselseitig verschärfen.

### 3.2.6 Neue Ungleichheiten auch in Europa

Ungleichheiten bei der Beschäftigung, der Arbeitslosigkeit, den Prokopfeinkommen und der Armut sind schon seit langem ein Problem in der EU gewesen, das nicht ausreichend beachtet worden ist. Nach der jüngsten Erweiterung hat die *regionale Ungleichheit* stark zugenommen. Das Verhältnis der Prokopfeinkommen im reichsten zum Prokopfeinkommen im ärmsten Land betrug in der EU-15 noch 3:1 und ist mit der Erweiterung auf 5:1 gestiegen. Gleichzeitig hat sich das regionale Gewicht der Ungleichheit dramatisch nach Osten verschoben, ohne dass in den schwächeren Ländern des Westens und des Südens eine wirkliche Verbesserung stattgefunden hätte. Nach dem dritten Kohäsions-

29 – Fröbel/Heinrichs/Kreye 1988, 98

bericht vom Februar 2004 nahm die Zahl der rückständigen Regionen in der EU (das sind Regionen mit einem Prokopfeinkommen von weniger als 75% des EU-Durchschnitts) von fünfzig in der alten EU-15 vor der Erweiterung auf 69 in der EU-25 zu, und der Anteil der Bevölkerung, der in diesen Regionen lebt, stieg von 19 auf 27%. Diese Gesamtzahlen verdecken aber den dramatischen Charakter der Entwicklung. Da das *durchschnittliche* Prokopfeinkommen der rückständigen Regionen von 65 auf 56% des Prokopfeinkommens der gesamten EU abgenommen hat, ist die Zahl derartiger Regionen in der alten EU von fünfzig auf 33 zurück gegangen (mit einem Bevölkerungsanteil von zwölf Prozent der EU-25), ohne dass es in den 17 Regionen, die aus dem Kreis heraus gefallen sind, irgendwelche Verbesserungen im Lebensstandard oder bei der Beschäftigung gegeben hätte. Auf der anderen Seite liegt das Prokopfeinkommen von 33 Regionen in den neuen Mitgliedsländern unter der 75%-Schwelle, und in diesen Regionen wohnen 92% (!) der Bevölkerung dieser Länder, das sind 15% der Gesamtbevölkerung der EU-25<sup>30</sup>.

Das Absinken des Lebensniveaus für die große Masse der Menschen in Osteuropa wurde von der UNICEF verglichen mit dem Ausmaß bei der Wirtschaftskrise von 1929. Von allen Ländern des früheren Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) ist Polen das einzige Land, welches 1999 (10 Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer) das BIP von 1989 wieder erreicht und überschritten hat – zuvor ging es sehr weit nach unten. Dabei hatte Polen als einziges Land den Vorteil eines beträchtlichen Schuldenerlasses zu Anfang der 1990er Jahre. Wenn auch die Länder von Mitteleuropa (Slowenien, Ungarn, Slowakei, Tschechien) heute ebenfalls das BIP von 1989 überschritten haben, so hat Polen seit drei Jahren eine sinkende Wachstumsrate – man spricht von einer andauernden Rezession. Der Rückgang des Wachstums wird begleitet von Privatisierungen, welche die Arbeitslosenquote in Bulgarien auf über dreißig Prozent treiben, Quoten die es in einigen Gegenden von Polen und Ungarn ebenfalls gibt (→ Kap. 5.2.2).

### **3.2.7 Aufschwung des Kapitalexports, Asienkrise, Aktiencrash**

In der ersten Hälfte der neunziger Jahre kam es zu einem beispiellosen Wieder-aufschwung des Kapitalexports in Entwicklungs- und Schwellenländer – eine Entwicklung, die zu intensiven Diskussionen über den Prozess der „Globalisierung“ führte. Während der Welthandel in jener Zeit um jährlich etwa fünf Prozent zunahm, expandierten die privaten Kapitalströme mit jährlichen Wachstumsraten von dreißig Prozent<sup>32</sup>. Der starke Anstieg des Kapitalexports hielt – mit einer Unterbrechung im Jahr 1994 durch die Mexikokrise – bis zur Asienkrise an, die im Sommer 1997 einsetzte.

Was waren die Ursachen für diesen starken Anstieg, der – im Unterschied zur Kreditexpansion der siebziger Jahre – vor allem von ausländischen Direktinvesti-

---

30 – Euromemorandum 2004: “Beyond Lisbon – Economic and social policy orientations and constitutional cornerstones for the European Social Model” (14/12/2004) unterschrieben von 263 europäischen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlern

32 – Vgl. World Bank (1998): East Asia: The Road to Recovery, S. 4.

tionen und Portfolioinvestitionen getragen wurde? Mindestens drei Entwicklungen müssen in diesem Zusammenhang betrachtet werden.

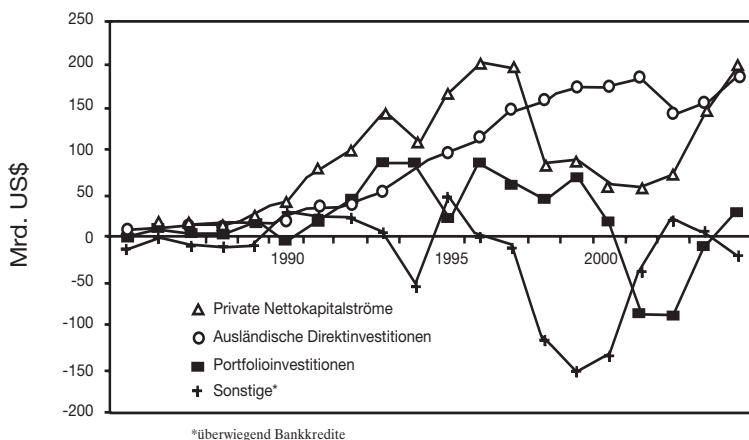
Zum einen das *Ende des Kalten Krieges*, welches den Kapitaleignern neue Expansionsfelder eröffnete und gleichzeitig eine neue Ära der Nord-Süd-Beziehungen einleitete. So prägte Präsident George Bush senior anlässlich des ersten Golfkriegs gegen den Irak den Begriff der *Neuen Weltordnung* (New World Order) – was als Anspruch der USA verstanden werden kann, überall auf der Welt für eine Ordnung zu sorgen, die den Interessen der großen Konzerne entgegenkommt. Doch die TNU haben nicht nur an der Ausbeutung der Ölreserven im Nahen Osten Interesse. Auch die einst sozialistischen Staaten rücken als po-tentielle Standorte ins Visier der Konzerne – vor allem jene Länder, die wie Ungarn, Polen oder Tschechien über ein Reservoir an gut ausgebildeten Arbeitskräften verfügen und noch dazu Aussicht auf Aufnahme in die EU hatten.

Damit zusammenhängend war der *Übergang zu einer neoliberalen Politik der Deregulierung und Privatisierung* von großer Bedeutung. So wurde nicht nur in den ehemals sozialistischen Staaten Osteuropas, sondern auch in zahlreichen lateinamerikanischen Schwellenländern Ende der achtziger Jahre ein neoliberales Politikmodell durchgesetzt – wobei die hohe Auslandsverschuldung häufig als Druckmittel diente, um Reformen im Interesse der Gläubiger zu erzwingen. Ein Beispiel hierfür sind die 1989 vom US-amerikanischen Finanzminister Nicholas Brady propagierten Umschuldungsprogramme, die darauf abzielten, durch so genannte „debt for equity swaps“ Altschulden gegen Aktienkapital „einzutauschen“. Voraussetzung war die Privatisierung von Staatsunternehmen, die dann anschließend z. T. zu Spottpreisen an ausländische Konzerne veräußert wurden – im Gegenzug wurde die Auslandsverschuldung (geringfügig) reduziert.

Drittens spielte die *wirtschaftliche Stagnation* in wichtigen Industrieländern eine Rolle – bzw. die Differenz zwischen den z. T. sehr geringen Wachstumsraten in den USA, der EU und Japan und dem äußerst dynamischen Wirtschaftswachstum in einigen asiatischen und lateinamerikanischen Schwellenländern. So waren die durchschnittlichen Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts in den Industrieländern von über vier Prozent 1988 auf unter zwei Prozent in den Jahren 1991 – 1993 zurückgegangen. Die Entwicklungsländer konnten dagegen zwischen 1991 und 1996 jährliche Wachstumsraten des BSP von über fünf Prozent erzielen<sup>33</sup>. Die wirtschaftliche Stagnation bzw. die sinkende Rentabilität der Investitionen in den großen Industrieländern drückte sich in einem niedrigen Zinsniveau aus. So sanken beispielsweise die kurzfristigen Zinssätze in den USA von 7,5% im Jahr 1990 auf unter vier Prozent in den Jahren 1992 und 1993, was dazu beitrug, dass lateinamerikanische Schwellenländer wie Mexiko mit kurzfristigen Portfolioinvestitionen geradezu überschwemmt wurden. Allerdings wurden die meisten Entwicklungsländer von dieser Entwicklung gar nicht berührt. So entfielen auf die ärmeren Entwicklungsländer – mit Ausnahme von Indien und China

---

33 – Vgl. die im Internet verfügbaren Statistiken des Internationalen Währungsfonds [http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2002/02/data/growth\\_a.csv](http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2002/02/data/growth_a.csv) sowie [http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2002/02/data/growth\\_d.csv](http://www.imf.org/external/pubs/ft/weo/2002/02/data/growth_d.csv) (Stand: 10.02.03)



**Abbildung 3.5:** Private Nettokapitalströme in Entwicklungsländer, 1985-2004

Quelle: IMF, 2005: *World Economic Outlook Database*, April 2005

– gerade einmal drei Prozent der privaten Kapitalströme in Entwicklungsländer, während über die Hälfte des privaten Kapitals im Jahr 1996 in nur sechs Länder (und dort vor allem in die Sonderwirtschaftszonen) floss: nach China, Mexiko, Thailand, Malaysia, Brasilien und Indonesien<sup>34</sup> (siehe auch Abb. 3.5).

Im Sommer 1997 gerieten die Währungen verschiedener ostasiatischer Schwellenländer unter Druck. Es begann die so genannte Asienkrise, die von Thailand ausgehend auf Indonesien und die Philippinen übergriff und schließlich sogar ein vergleichsweise entwickeltes Schwellenland wie Südkorea in Mitleidenschaft zog. Indonesien wurde besonders schwer getroffen: Die Währung verlor innerhalb kurzer Zeit etwa achtzig Prozent ihres Wertes und es kam wegen rapide steigender Preise zu schweren Unruhen und Plünderungen. Innerhalb eines Jahres fielen vierzig Millionen Menschen unter die Armutsgrenze zurück; die Reallöhne sanken um durchschnittlich vierzig Prozent. 1998 wurde Russland von der Asienkrise angesteckt. Spätestens jetzt hatte sich die Asienkrise zu einer globalen Finanzkrise ausgeweitet: Weltweit fielen die Preise für zahlreiche Handelsgüter, was Diskussionen über die Risiken einer globalen Deflation auslöste. Fast alle Schwellenländer mussten ihre Zinsen drastisch erhöhen, um der verstärkten Kapitalflucht und dem Verfall ihrer Aktienmärkte entgegenzuwirken. Oft ohne Erfolg: Trotz eines präventiven IWF-Kredits von 41,5 Mrd. US\$ brach im Januar 1999 auch die brasilianische Währung unter dem Ansturm der Spekulation zusammen und verlor in wenigen Wochen mehr als vierzig Prozent ihres Wertes. Mit einiger Verspätung (dafür umso heftiger) traf es dann Argentinien, wo sich die Situation Ende 2001 zu einer schweren Finanz- und Staatskrise zuspitzte.

Dass ausgerechnet die Musterschüler neoliberaler Strukturanpassung von schweren Krisen erfasst wurden, während Länder wie China, Indien, Malay-

34 – Vgl. Kahler, Miles (1998): Introduction: Capital Flows and Financial Crises in the 1990s, S. 11.

sia oder Vietnam von ihr weitgehend verschont blieben, hat das Vertrauen in neoliberale Globalisierung nachhaltig erschüttert. Im Gegensatz zur internationalen Verschuldungskrise der achtziger Jahre, die in vielen Ländern eine vom IWF forcierte Politik der Privatisierung und des Abbaus sozialer Rechte einleitete, haben die Finanzkrisen der neunziger Jahre zu einer tendenziellen Abkehr vom entwicklungspolitischen „Konsens von Washington“ (→ Kap. 7.2.1) geführt, der auf die Kräfte des freien Marktes, d.h. auf Deregulierung und Marktöffnung setzte. Dies betrifft einerseits die Länder des Südens, in denen verstärkt Alternativen zur bestehenden Weltordnung gesucht und dabei Konflikte mit den USA bzw. mit den Gläubigerinteressen in Kauf genommen werden (man denke etwa an Brasilien, Venezuela, Bolivien oder Argentinien). Aber auch in den Industrieländern bröckelt die neoliberale Hegemonie: So sind die mit unreguliertem Kapitalverkehr verbundenen Gefahren zu einem zentralen Thema der globalisierungskritischen Bewegung geworden, die sich mit den Auseinandersetzungen um das Multilaterale Investitionsabkommen (1998), den Protesten gegen die 3. Ministerkonferenz der WTO in Seattle (1999) sowie den verschiedenen Weltsozialforen (2001 ff.) als politische Kraft etabliert hat. Dabei richtet sich der Protest in erster Linie gegen die Regierungen der G7, gegen IWF, Weltbank und WTO, die – so der Vorwurf – allein die Interessen der privaten Großbanken und Konzerne im Auge haben und damit sowohl zur Vertiefung der Kluft zwischen Nord und Süd, zur sozialen Polarisierung und zur Umweltzerstörung *innerhalb* der Länder des Nordens und Südens beitragen.

Zunächst schien es, als würden sich die Währungskrisen in den ostasiatischen Schwellenländern gar nicht oder sogar positiv auf die Industrieländer auswirken. Die USA und die EU profitierten beispielsweise von den billigeren Importen aus den Krisenländern; gleichzeitig konnten TNU den Währungsverfall und die allgemeine Krise in den Ländern nutzen, um dortige Unternehmen zu Spottpreisen aufzukaufen. Noch bedeutsamer waren die Rückwirkungen auf die Finanzmärkte: Der Rückfluss von Risikokapital aus den Schwellenländern führte zu überschüssiger Liquidität, was die Aktienkurse in die Höhe trieb – wobei die Anleger ihr Kapital mit Vorliebe in viel versprechende Unternehmen der IT-Branche investierten. Auf den Boom in den „emerging markets“ folgte also ein Boom am „Neuen Markt“, der bis zum Frühjahr des Jahres 2000 anhielt.<sup>35</sup>

Die Hoffnung, dass sich aus der Anwendung der neuen Technologien nahezu unerschöpfliche Wachstums- und Gewinnpotentiale erschließen würden, ging allerdings nicht auf. Im März 2000 setzte auf den führenden Technologiebörsen der Welt ein Abwärtstrend ein: Der NASDAQ-Index<sup>36</sup> verlor innerhalb eines Jahres (von März 2000 bis März 2001) rund 60% seines Wertes; der Neue Markt in Deutschland musste gar um über 80% nachgeben. Firmen aus dem Techno-

---

35 – Krüger, Lydia; Helfen, Markus (2001): Von der Krise der „emerging markets“ zur Krise am Neuen Markt, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung, 12. Jg., Nr. 48, Dezember 2001, S. 35-46.

36 – Allerdings handelt es sich bei der Nasdaq nicht ausschließlich um eine Technologiebörse, da auch Pharma- und Finanzwerte dort gelistet sind. Zwischen 1997 und 2000 gingen 1.649 Unternehmen mit einem Gesamtemissionswert von 316,5 Mrd. US-Dollar an die Nasdaq.

logie-Medien-Kommunikationssektor waren – im Vergleich etwa zu Firmen aus dem Bereich der Biotechnologie – von den Kursrückgängen am stärksten betroffen; selbst große und angesehene Unternehmen wie Microsoft, Intel oder Yahoo mussten hohe Verluste hinnehmen.

Durch den Aktiencrash wurden allein in den USA innerhalb eines Jahres etwa 2,5 Billionen € vernichtet; weltweit betrug die Verluste an den Aktienmärkten etwa 5,8 Billionen €<sup>37</sup>. In Deutschland sind zwischen März 2000 und März 2003 an den Börsen „rund 700 Mrd. € buchstäblich vernichtet worden“, so Bundeskanzler Schröder in seiner Regierungserklärung vom 14. März 2003. Doch wie in jeder Krise dürfte es wenige Gewinner geben, die ihre Papiere noch rechtzeitig verkauft haben – und eine Menge Verlierer, denen dies nicht gelungen ist und die auf nahezu wertlosen Aktienpaketen sitzen geblieben sind.

Mittlerweile sind die Folgen der Börsenkrise weitgehend überwunden. Einige Großkonzerne (man denke an Enron oder Worldcom) haben sie nicht überlebt; die anderen dürften ihre Verluste – dank großzügiger Unterstützung der Regierungen – abgeschrieben haben und fahren teilweise wieder Rekordgewinne ein. Allerdings stellt sich die Frage, wie lange eine Politik, die die Kosten einer Krise auf die Schwächsten der Gesellschaft abzuwälzen versucht, noch akzeptiert wird. Zwar ist es den USA gelungen, durch einen „militärischen Keynesianismus“ (d.h. die kreditfinanzierte Aufrüstung und Führung von Eroberungskriegen) kurzfristig Nachfrage zu schaffen und damit die Weltwirtschaft (bzw. die Exportwirtschaft in anderen Ländern) wieder anzukurbeln. Aber wie lange werden Anleger aus der ganzen Welt noch bereit sein, die gigantischen Leistungsbilanz- und Haushaltsdefizite der USA zu finanzieren?

Krisenhafte Entwicklungen und Ungleichgewichte in der Weltwirtschaft bilden sich in den Strukturen des internationalen Handels ab. Seit fünfzehn Jahren importieren die USA mehr Waren und Dienstleistungen als sie exportieren. Dies führt zu steigenden Leistungsbilanzdefiziten und steigender Auslandsverschuldung: 2004 erreichte das US-amerikanische Leistungsbilanzdefizit mit über 600 Mrd. US\$ (etwa 5,7% des BIP) ein Rekordniveau<sup>38</sup>. Hinzu kommen die Haushaltsdefizite, die unter Präsident George W. Bush geradezu explodiert sind. Während unter Präsident Clinton noch Haushaltsüberschüsse erzielt wurden, stieg das Budgetdefizit unter Bush auf 513 Mrd. US\$ (2004) an – das entspricht etwa sieben Prozent des BIP und ist damit mehr als das Doppelte dessen, was nach den Maastricht-Kriterien der EU erlaubt wäre<sup>39</sup>. Laut Wolf stiegen zwischen 2002 und 2005 allein in Folge der Haushaltsdefizite die öffentlichen Schulden der USA um rund 1,500 Mrd. US\$. Das Ergebnis der „Doppeldefizite“ ist eine Auslandsverschuldung, die Ende 2004 die Schwelle von drei Billionen Dollar überschritten hat – was dem Dreifachen des Werts der von den USA jährlich exportierten Güter und Dienstleistungen entspricht. Dieses Ungleichgewicht wird auch durch den internationalen *Handel mit Dienstleistungen*, der 2003 ein Volumen von 1,8 Billionen US\$ erreicht hat, nicht ausgeglichen – auch

---

37 – John Peet: The rise and the fall. In: Economist, May 3rd, 2001

38 – Karczmar, Mieczyslaw (2004), S. 10.

39 – Wolf, Winfried (2005): Kein Kredit mehr, In: junge welt vom 25.02.2005

wenn die USA und Großbritannien hier zu den größten Exporteuren zählen, wohingegen Deutschland und Japan hohe Defizite aufweisen.

### 3.2.8 Zunehmende Handels- und Währungskonflikte

Wie schon in den achtziger Jahren, als das steigende US-amerikanische Handelsdefizit mit Japan und den ostasiatischen Schwellenländern zu Handelskonflikten führte, so ist es nun das wachsende Handelsdefizit mit China, das sowohl die USA als auch die EU dazu veranlasst hat, China mit Sanktionen zu drohen. Dabei macht die US-Regierung vor allem den *chinesischen Wechselkurs*, der seit 1994 zum festen Kurs von einem Dollar zu 8,28 Yuan gehandelt wird, für das hohe Handelsbilanzdefizit der USA mit China verantwortlich, das zwischen 2000 und 2004 von 100 auf 197 Mrd. US\$ gestiegen ist. Tatsächlich sind die chinesischen Exporte in den letzten Jahren doppelt so schnell gewachsen wie Exporte anderer Länder, so dass der chinesische Exportanteil bei Textilien, aber auch bei Büro- und Telekommunikationsgeräten mittlerweile zwischen 13 und 23% liegt.

Aufgrund der Tatsache, dass ausländische Investoren in großem Umfang US-amerikanische Währungsreserven halten, ist der US\$ deutlich *überbewertet* und die USA hätten mit einem drastischen Einbruch ihres Wohlstandsniveaus zu rechnen, wenn sich diese Kapitalflüsse einmal umkehren sollten. Dies ist nach Ansicht verschiedener Experten tatsächlich die größte Gefahr, die der Weltwirtschaft droht: eine Umschichtung von Vermögenswerten von US\$ in €, die sich zu einer Flucht aus dem US\$ ausweitet und – wie in den späten siebziger Jahren – drastische Zinserhöhungen der amerikanischen Zentralbank erforderlich macht, was die Welt in eine Rezession führen und eine neue Welle von Schuldenkrisen auslösen könnte<sup>40</sup>. Die Hortung von Währungsreserven in einer Welt, in der 1,4 Billionen US\$ *täglich* auf den Devisenmärkten umgesetzt werden, kann auch als Strategie zum Schutz vor destabilisierender Währungsspekulation und Finanzkrisen interpretiert werden.

Auch wenn die Konkurrenz zwischen den USA und China am konfliktreichsten erscheint, so bedeutet dies nicht, dass es nicht auch zwischen den USA und der EU große wirtschaftliche Interessenskonflikte gäbe. Ein Beispiel liefert der aktuelle Streit um die Subventionen für Boeing und Airbus, die mit Abstand größten Flugzeughersteller der Welt. Die Flugzeugindustrie wird sowohl in der EU als auch in den USA mit Milliardensummen subventioniert, was beide Seiten nun zu einer Klage bei der Welthandelsorganisation WTO veranlasst hat. Zunächst reichte die US-Regierung in Genf eine Klage ein, weil die EU den Airbus mit Starthilfekrediten in Höhe von 1,36 Mrd. Euro zu unterstützen sucht. In ihrer Gegenklage prangert die EU an, dass seit 1992 insgesamt 29 Mrd. US\$ direkte und indirekte Subventionen vor allem in Form von Rüstungsaufträgen an Boeing geflossen seien. „Der in seiner Dimension beispiellose Streit um Airbus und Boeing droht, die EU und die USA als größte Handelsblöcke der Welt über Jahre hinweg zu spalten“, schrieb *Die Zeit* am 31. Mai 2005.

---

40 – Frank 2004c

Eine weitere Auseinandersetzung, bei der die Konfliktlinie hauptsächlich zwischen Nord und Süd verläuft, dreht sich um staatliche Beihilfen für Landwirte und Exportsubventionen für Agrargüter. Das Scheitern der WTO-Ministerkonferenz in Cancún (Mexiko) im Jahr 2003 lässt sich in erster Linie auf die mangelnde Bereitschaft der Industrieländer zur Reduzierung ihrer Agrarsubventionen zurückführen. Die Industrieländer unterstützen ihre Bauern mit jährlich nahezu 300 Mrd. €. Dies ist fünfmal so viel, wie sie jährlich für Entwicklungshilfe ausgeben. Die Folge dieser Politik ist, dass die Märkte der Entwicklungsländer mit billigen Agrargütern überschwemmt werden und damit zahllosen Bauern die Lebensgrundlage entzogen wird. Doch die Proteste wachsen: Anlässlich der WTO-Ministerkonferenz in Cancún 2003 hatte sich unter Führung von Brasilien und China erstmals eine Allianz von 21 Staaten der Dritten Welt („G-21“) formiert, die von den Industrieländern eine radikale Kürzung der Agrarsubventionen einforderte.

### 3.3 Zusammenfassung

Die bisherige Analyse hat gezeigt, dass die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten hundert Jahren immer wieder mit Krisen einherging, die sehr unterschiedliche Erscheinungsformen annehmen können: vom Preisverfall bei Aktien oder Immobilien über Währungs- und Verschuldungskrisen bis hin zu Handelskonflikten, die in kriegerische Auseinandersetzungen ausarten können. Dass es sich jeweils um *Überproduktionskrisen* handelt, wird wohl am deutlichsten in der Krisenerscheinung der zunehmenden *Arbeitslosigkeit* sichtbar: So bleiben immer mehr Produktivkräfte und Produktionskapazitäten ungenutzt, weil eine weitere Ausdehnung der Produktion keine ausreichenden Gewinne brächte – was wiederum mit der stagnierenden oder gar sinkenden Massenkaufkraft zu tun hat.

Dabei geht die wachsende Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung mit Überschüssen auf den Finanz- und Kapitalmärkten einher. Diese überschüssige Liquidität ist es, die zu verstärkten Schwankungen und „irrationalen Übertreibungen“ führt: bei Aktienkursen und Immobilien, aber auch bei Wechselkursen und Zinsen. Dazu trägt auch die Privatisierung der Sozialversicherung (in Deutschland „Riester-Rente“) bei, weil auch sie neue Sammelstellen für Kapital schafft, das Anlage suchend durch die Welt zieht.